

Aus dem Inhalt	
Kein Kahlschlag beim Sport! . . . . .	2
Menschen für AUF und Montagsdemo . . . . .	3
Hortschließungen . . . . .	4
Neue Fraktion im Rat . . . . .	5
Krupp-Park . . . . .	6
Entry 2006 . . . . .	7

# Der "Masterplan Sport" muss komplett vom Tisch!

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

Sie halten gerade die erste Ausgabe der Zeitung von Essen steht AUF in den Händen. Essen steht AUF ist ein überparteiliches, kommunales Personenbündnis, das im Oktober 2003 gegründet wurde und bei der Kommunalwahl 2004 mit einem Sitz in den Essener Stadtrat einzog.

**A-U-F:** das steht für eine **alternative, unabhängige und fortschrittliche Kommunalpolitik in Essen.** Hier haben sich Essener Bürgerinnen und Bürger aller Bevölkerungsschichten, verschiedener Nationalität und jeden Alters zusammengeschlossen, um gemeinsam Politik zu machen:

Lebendig und solidarisch, kämpferisch und bürgernah - nur den Interessen der einfachen Menschen in Essen verpflichtet. Dabei wollen wir keine Stellvertreterpolitik machen, sondern die Betroffenen ermutigen und unterstützen, für ihre Belange selbst aktiv zu werden.

Genau so soll auch unsere Zeitung sein: kein Mitteilungsblatt, sondern Ihre Zeitung, an der jeder entsprechend seinen Möglichkeiten mitarbeiten kann. Wir freuen uns also auf Leserbriefe, Zuschriften, Fotos von Ihnen. Unsere Zeitung wird zunächst vierteljährlich erscheinen. Um die Auflage Schritt für Schritt steigern zu können, brauchen wir noch viele Unterstützer, die die Zeitung z.B. in ihrer Nachbarschaft verteilen. Zur Finanzierung der Zeitung wollen wir auch Anzeigenkunden gewinnen. Sprechen Sie uns an, wenn Sie dieses Projekt in irgendeiner Form unterstützen oder die Zeitung abonnieren möchten.

Das hat es so schon lange nicht mehr gegeben: In ganz Essen entwickelt sich innerhalb weniger Wochen nach seinem Bekannt werden ein breiter Widerstand gegen den so genannten „Masterplan Sport“. Er sieht die Schließung von zwei Schwimmbädern, sieben Sportplätzen und zwei Turnhallen vor. Für die Vereine sollen die Nutzungsgebühren angehoben werden. Die Öffnungszeiten der Freibäder sollen verkürzt und Personal im Sport- und Bäderbereich abgebaut werden. Mehrere Vereine ständen dadurch vor dem Aus. Vor allem die Kinder- und Jugendarbeit wird darunter leiden.

Sofort haben sich Bürgerinitiativen in verschiedenen Essener Stadtteilen gegründet. Tausende von Unterschriften werden gesammelt gegen die Schließung der Freibäder, Sportplätze und Kürzung der Bäder-Öffnungszeiten. Der Schwimmer Christian Keller, vielfacher Deutscher Meister, sammelt mit. Der Personalrat der Stadtverwaltung Essen widerspricht dem damit einhergehenden Abbau von etwa 50 Arbeitsplätzen - in den letzten 10 Jahren wurden bereits mehrere tausende Stellen im ArbeiterInnen-Bereich vernichtet. Etwa 1000 Demonstranten fanden sich am 22.10.06 im Hesse-Bad in Dellwig

ein. „Wir kämpfen so lange, bis das Bad erhalten bleibt.“ Gegen den Kahlschlagplan gründete sich die „Interessengemeinschaft Essener Sportvereine“. Sie ruft auf zu einer großen Demonstration am 18.11.06, 11.00 Uhr, Viehofer Platz. Im Aufruf dazu heißt es: „Auf der Ratsitzung am 29.11.2006 soll der ‚Schlie-



ßungsplan Sport' beschlossen werden. Das wollen wir verhindern. Deshalb rufen die Essener Sportvereine dazu auf, am 18.11. in der Essener City laut und deutlich **NEIN zum 'Masterplan Sport'** zu sagen.“ Essen steht AUF unterstützt diesen Protest voll und ganz.

**Kommt alle zur Demonstration am 18.11., 11 Uhr, Viehofer Platz!**



Zum "Masterplan Sport" gibt es einen informativen Flyer der Fraktion "Die LINKE./DKP/AUF", der über unsere Geschäftsstelle, unsere Homepage oder an unseren Info-Ständen zu bekommen ist.

# Sportentwicklung statt Kahlschlag!

**Die Verwaltung behauptet, die Infrastruktur Essens sei auf 750.000 Einwohner ausgelegt und müsse wegen der sinkenden Einwohnerzahl zurück gefahren werden. Das ist Unsinn.**

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr und bessere Sportanlagen für die Jugend, gerade auch um den Vereinssport und den Schulsport zu fördern, statt ihn unattraktiv zu machen. Sowohl für Kinder und Jugendliche wie für die wachsende Zahl älterer Menschen, die Sport treiben, ist ein wohnortnahes Angebot an Sportstätten und Bädern wichtig. In den letzten Jahren wurden bereits viele wichtige Einrichtungen des Breitensports dicht gemacht wie Kuhlhoff- und Nöggerathbad. Allein der Sanierungsrückstand von 46 Millionen Euro bei Sportanlagen und Bädern zeigt doch, dass der Breitensport seit vielen Jahren "kaputtgespart" wird. Jetzt soll das ein Argument sein, um Sportstätten zu schließen? Nicht mit uns!

Das Argument der "leeren Kassen" zieht nicht: Dass die Einnahmesituation der Kommunen so schlecht ist, ist vor allem die Folge von Bundes-, Landesgesetzen, die den Kommunen immer mehr Aufgaben zuschanzen, ohne dafür Gelder bereitzustellen. Insbesondere die Folgekosten der Massenarbeitslosigkeit werden immer stärker den Kommunen aufgebald. Eine Stadt wie Essen, in der 10 namhafte Weltkonzerne ihren Sitz ha-

ben, sollte eigentlich keine finanziellen Probleme haben. Tatsächlich zahlen diese Konzerne kaum noch Steuern. Trotzdem wird immer wieder dreist behauptet, WIR hätten die finanzielle Misere der Kommunen verursacht, weil WIR seit Jahrzehnten über unsere Verhältnisse leben.



Andererseits sind die Kassen auch nicht so leer, wie immer behauptet wird. So hat die Stadt in den letzten Jahren viel Geld in Projekte wie Saalbau/Philharmonie und Zollverein gesteckt und stuft augenblicklich den Krupp-Park in die höchste Priorität ein, um Millionen im Haushalt dafür bereitzustellen. Der Zuschuss für die Sport- und Bäderbetriebe ist dagegen seit vielen Jahren konstant bei etwa 21 Millionen Euro.

Es fragt sich also: was sind eigentlich die Maßstäbe, nach denen Prioritäten gesetzt

werden? Unsere Bedürfnisse sind es jedenfalls nicht. Alles wird nur noch unter "betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten" betrachtet. Etablierte Parteien und Verwaltung reden nur noch vom "Konzern Stadt Essen". Konzerne sind aber eine Unternehmensform, deren Ziel die Erwirtschaftung maximaler Gewinne ist. Ein Gemeinwesen wie eine Kommune kann jedoch kein "Konzern" sein, ohne sich von der Aufgabe der Daseinsvorsorge für seine Einwohner völlig zu verabschieden. Vielleicht ist das ja der Grund dafür, dass die Heuschrecken-Mentalität auch in der Kommunalpolitik immer mehr um sich greift. Essen steht AUF lehnt das Unwort vom "Konzern Stadt Essen" grundsätzlich ab, weil es ein Kampfbegriff derjenigen ist, die immer mehr kommunale Aufgaben und Einrichtungen privatisieren wollen. Ob Sport und Bäder, ob Schulen und Horte: wir müssen von unseren Interessen ausgehen und sie gemeinsam durchkämpfen. Eine wesentliche Forderung von Essen steht AUF ist:

Für den Erhalt und Ausbau der Breitensportkultur und des Breitensports bei bezahlbaren Preisen - statt Bücherei- und Bäderkahlschlag und teuren Renommierprojekten.

Deshalb unterstützt Essen steht AUF die Forderung nach einem Sportentwicklungsplan, der den Breitensport fördert.

# Menschen für Essen steht AUF



Mein Name ist Birgit Emming. Ich bin arbeitslos und Arbeitslosengeld-II-Empfängerin. Mir ist es daher wichtig, im Rahmen meiner Möglichkeiten in einer Gruppe von Verbündeten mit zu arbeiten und Aufklärungsarbeit zu leisten in Sachen gewollter Armut (Hartz IV) und weiterer Maßnahmen des Sozialabbaus. Man könnte sagen: Hartz IV, Sozialabbau - haben wir alles schon hundert Mal in der Zeitung gelesen. Aber wie viele Hartz-IV-Empfänger können sich keine Zeitung oder Internetanschluss leisten? Es darf nicht in Vergessenheit geraten, was Hartz IV für die Betroffenen bedeutet. Es bedeutet Einschränkun-

gen, die ein normales Leben nicht mehr möglich machen und die letztlich allein durch die gesundheitlichen Folgen noch mehr Kosten verursachen. Kann ich die Zuzahlung zu ärztlichen Verordnungen aufbringen? Kann ich mir überhaupt den Arztbesuch leisten oder die Monatskarte? Wie ungesund soll ich mich noch ernähren, indem ich am Essen spare? Welches Loch haben die Bewerbungskosten in die Kasse gerissen, die ich vorstrecken muss und nur teilweise erstattet bekomme? Ganz zu schweigen von den ständig steigenden Kosten, wie zum Beispiel für Energie, die sogenannte "neue Gesundheitsreform" sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um unverschämte 3%, ohne dass das Arbeitslosengeld II mal erhöht oder angeglichen würde. Im Gegenteil: Es wird über weitere Kürzungen diskutiert, um Hartz-IV-Empfänger zur Annahme wirklich jedes Jobs zu zwingen, laut der Empfehlung der sog. Wirtschaftsweisen. Die 1-Euro-Jobs sollen laut ihrer Aussage immer mehr ausgeweitet werden.

Warum dann nicht gleich Arbeitslager und Steine kloppen?!

Diese Streichungen sollen dazu dienen, Kombilohnmodelle zu finanzieren.

Die Wirtschaft zieht aus dieser Misere ihren Nutzen. Dies zieht in massiver Weise Lohndumping nach sich.

Stundenlöhne wie zum Beispiel 3-5 Euro für Frisörinnen, 5 Euro für Angestellte in

SB-Bäckereien, 6,12 Euro in der Systemgastronomie sind Hungerlöhne.

Ich bin es leid, dass immer die Arbeitslosen für ihre Misere verantwortlich gemacht werden und nicht die Verursacher der Arbeitslosigkeit. Die Heuschrecken-Debatte ist für mich noch lange nicht vorbei - siehe BenQ/Siemens.

Firmen hinterlassen hier Tausende von arbeitslosen Menschen, erwirtschaften dabei noch Rekordgewinne, Hauptsache der Aktienkurs stimmt !!

Das wird auch noch staatlich subventioniert, wobei auch noch Abschreibungen bei Verlustgeschäften in Anspruch genommen werden können.

Abwandernde Firmen und Großmultis spekulieren an der Börse und setzen ganze Betriebe in den Sand. Bei Abwanderungen werden auch keine Rückführungssteuern gezahlt.

Meiner Meinung nach müssten Subventionssperrungen erfolgen, Rückführungssteuern, Körperschafts-, und Kapitalertragssteuer wieder eingeführt werden.

Wir brauchen eine Politik, die Farbe bekennt und in der Lage ist, für unsere Interessen und Forderungen Position zu beziehen. Dafür bin ich Mitglied bei "Essen steht AUF" geworden. "Essen steht AUF" sowie unsere Montagsdemo sind das Sprachrohr der kleinen Leute, denn ganz allein kann man nicht sehr viel bewirken.

## Montagsdemo - lebendiges Protestforum

Essen steht AUF gehört zu den Mitinitiatoren der Essener Montagsdemo gegen Hartz IV, die seit August 2004 schon 115 Mal stattgefunden hat. Über zwei Jahre ununterbrochener Protest gegen die Politik des Sozialraubs - das hat es in Essen noch nicht gegeben. Dabei ist die Montagsdemo-Bewegung eine bundesweite, vernetzte Bewegung. Montagsdemo, das heißt nicht nur aktiver Protest, das ist auch direkte Demokratie mit offenem Mikrofon und Abstimmungen auf der Straße. Die Montagsdemo ist ein Ort, wo man Essen steht AUF in der Regel jeden Montag treffen kann. **Kommen Sie zur Essener Montagsdemo - jeden Montag ab 18 Uhr auf der Porschekanzel !**



# AUFstehen gegen Hortschließungen und unzumutbare Zustände an Offenen Ganztagsgrundschulen!

**Großstadt für Kinder? Das wirkliche Motto der Stadtspitze scheint zu sein: „Geiz ist geil“ bei Betreuung, Erziehung und Bildung. Doch viele Eltern, Erzieher und Lehrer nehmen den mehrheitlichen Ratsbeschluss von CDU, SPD, FDP, Grüne und EBB zur Aufgabe aller Hortplätze nicht hin!**

Essen steht AUF unterstützte von Anfang an den Protest gegen die Schlie-

staltung zusammengestrichen; einschließlich des Mittagessens (Mikrowelle und Kantine statt Frischküche). Ferienbetreuung ist nicht geregelt und kostet zusätzlich. Die Beiträge für die OGS (bis zu 150 € pro Kind) können viele nicht aufbringen. Essen steht AUF lehnt Schulgeld durch die Hintertür ab!

Ein Vater, der sich jüngst an Essen steht AUF wandte und mit anderen El-

auch, ob es noch Sinn hat, um die Horte zu kämpfen, da es den Ratsbeschluss gibt. Doch: Nur wer kämpft, kann gewinnen! Jeder Ratsbeschluss kann auch gekippt werden. Wenn wir uns zusammenschließen für Erhalt der Hortplätze, für Forderungen zur Verbesserung der OGS und den Weg zu einer echten, kostenfreien Ganztagschule. Essen steht AUF tritt auch dafür ein, dass nicht nur die Hortplätze, sondern auch die Arbeitsplätze der Beschäftigten erhalten bleiben bzw. für sie gleichwertige, unbefristete von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werden.



ungspläne. Unsere Kinder brauchen eine qualifizierte Betreuung und Förderung. Frauen und gerade allein erziehende Mütter sind auf diese Betreuungsmöglichkeit oft angewiesen. Für eine optimale Betreuung, Förderung und Ausbildung unserer Kinder müsste das Schulsystem auf eine kostenlose, hochwertig ausgestattete und optimal besetzte Ganztagschule für alle Kinder vom ersten Schuljahr bis zum letzten umgebaut werden. Solange dies nicht der Fall ist, werden die Horte gebraucht.

Die Offene Ganztagsgrundschule (OGS) entpuppt sich als Mogelpackung: Für die angestrebten über 7000 Plätze an der OGS gibt es 0,7 Mio € pro Jahr weniger als für die vorher 2350 städtischen Hortplätze. Personell wird gekürzt (besonders mit Fachkräften) und die Aus-

tern für Erhalt des Hortes seiner Tochter kämpft, sagte klar, warum solle er akzeptieren, dass der Hort, den er als die geeignete Betreuung für sie ausgewählt habe, geschlossen wird? Und Recht hat er!

Es geht um unsere Kinder. Sie sind unsere Zukunft. In Kray ist die Situation eingetreten, dass Eltern nicht mehr wissen, wie ihre Kinder versorgt werden, weil ein Hort schließt und die OGS dafür noch nicht eingerichtet ist. In einer OGS im Norden überlegen Eltern ihre Kinder dort abzumelden und eine private Betreuung zu organisieren, weil zum Teil unzumutbare Zustände herrschen. 30 Kinder in einer Gruppe, die den ganzen Tag im Klassenraum verbringen müssen, aufgrund der Verhältnisse dort.

Manche Eltern zweifeln allerdings

Leserbrief einer Erzieherin:

## „Offene Ganztagsgrundschule“ - Alternative zum bewährten Hort?

*Als betroffene Erzieherin habe ich einen eigenen Blick auf die Problematik der Hortschließungen zugunsten der offenen Ganztagsgrundschule.*

*Nach jahrelanger Hortarbeit wechselte ich in eine offene Ganztagsgrundschule. Die Arbeitsbedingungen, die dort im Gegensatz zum Hort herrschten, waren für mich anfangs schockierend. Da eine Erzieherin für 25 Kinder zuständig ist, ist anstatt intensiver pädagogischer Arbeit in der Hauptsache nur Beaufsichtigung möglich. Dadurch, dass die Kinder auch nachmittags in der Schule sind, ist ein Abstand und Abschalten nach dem Schulalltag kaum möglich. Mit dieser Situation sind die meisten Kinder völlig überfordert.*

*Neben all diesen negativen Begebenheiten möchte ich aber auch das Positive nennen. Durch Einsatz der Erzieherinnen im Unterricht ist eine intensive Zusammenarbeit zwischen Erziehern und Lehrern möglich. Dies ermöglicht einen ganzheitlichen Blick auf die Kinder. Verschiedene AGs (musische, sportliche, kreative) ermöglichen den Kindern eine ansprechende Freizeitgestaltung. Um jedoch an das Niveau der Horte heranzureichen, ist dringend mehr Personal nötig. Neben einer Vollzeitkraft wäre mindestens eine zusätzliche 25-Stunden-Kraft pro Gruppe erforderlich. Dies würde eine intensivere Betreuung der einzelnen Kinder ermöglichen. Eine Kraft mit 27 Stunden pro Gruppe, wie geplant, wäre für die Qualität fatal. Dies würde aus der offenen Ganztagsgrundschule ein Sparmodell und keinesfalls einen Ersatz für die bewährten Horte machen!*

## Landesweiter Protest gegen die Kürzungspolitik im Jugend-, Familien- und Frauenbereich durch die NRW-Landesregierung in Düsseldorf!

*Auf dem Frauenpolitischen Ratschlag im Oktober wurde ein Aufruf verabschiedet, der eine landesweite Protestaktion vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die geplante Streichung von 200 Mio € in der Jugend- und Familienpolitik im Haushalt 2007 plant. Diese Kürzungspolitik schlägt auf die Kommunen zurück. Essen steht AUF ist einer der Erstunterzeichner und nimmt aktiv teil.. Das nächste **Vorbereitungstreffen** für die Protestaktion findet am **Samstag, 25.11.2006 um 15 Uhr im Mädchen- und Frauenzentrum Courage, Goldschmidtstr. 3** in Essen statt.*

Dietrich Keil (64), für Essen steht AUF in den Stadtrat gewählt, Mitglied der Fraktion "Die Linke./DKP/AUF"



*Liebe Leserinnen und Leser,*

*immer öfter ziehen empörte Bürger vor das Rathaus. Und in das Rathaus. Die Kinder, denen man die Horte schließt. Die Jugend, denen man die Sportplätze wegnehmen will. Schüler, die Lernmittelfreiheit für alle fordern. Die Streikenden des Uni-Klinikums, denen im Sommer vom Oberbürgermeister verweigert wurde, ihre Forderungen vorzubringen. Immer mehr Essener protestieren in den Ausschüssen des Rates und in den Ratssitzungen: "Nicht mit uns!"*

*Das unterstütze ich von ganzem Herzen. Denn Kritik und Vorschläge von "Essen steht AUF" und der gemeinsamen Fraktion "Die Linke./DKP/AUF", die den Herrschaften nicht passen, die dringen ja kaum aus den Mauern des Rates. Dringen aber die Betroffenen ein in diese Mauern, wird eine unbequeme Öffentlichkeit hergestellt über ihren Kampf und Widerstand in dieser Stadt. Und der ist entscheidend für ihre Interessen - nicht was im Rat abgehandelt wird. Hunderte Schüler, Lehrer und Eltern belagerten kürzlich den Schulausschuss, in dem ich Mitglied bin. Klar, dass ich dort ihre Anliegen unterstütze, denn sie setzen sich mit Recht zur Wehr.*

*Damit macht man sich dort nicht nur Freunde. Vor allem, wenn man den Protestierenden dabei hilft, dem OB vor dem Rat ihre Unterschriften zu überreichen. Wütend hielt der OB eine regelrechte Gardinenpredigt, dass der Rat unbeeinflusst von solchen "Demonstrationen" entscheiden müsse. Da habe ich ein anderes Demokratieverständnis.*

*Das Volk draußen halten, nicht zu Wort kommen lassen und dann abgehoben und abgeschottet volksfeindliche "Masterpläne" beschließen wie jetzt gegen Essens Jugend und ihre Sportvereine, das ist mit mir nicht zu machen.*

*Ihr Dietrich Keil*

## Neue Fraktion erfolgreich gestartet

Im Juni dieses Jahres schlossen sich die beiden Vertreter der Ratsgruppe der Linkspartei und die Ratsmitglieder von Essen steht AUF und der DKP zu einer gemeinsamen Fraktion mit dem Namen "Fraktion Die Linke./DKP/AUF im Rat der Stadt Essen" zusammen.

Das war Ergebnis einer gewachsenen Zusammenarbeit seit der letzten Kommunalwahl im September 2004 mit dem Ziel, die Kräfte zu bündeln, die Möglichkeiten in der Ratsarbeit besser zu nutzen z. B., indem Vertreter in alle Ausschüsse entsendet werden können. Die Zusammenarbeit ist viel versprechend und erfolgreich angelaufen.

Natürlich stehen durch die Arbeit im Rahmen einer Ratsfraktion, der Mitarbeit in einer Geschäftsstelle der Ratsfraktion, der Besetzung von drei Ausschüssen (Rechnungsprüfungsausschuss, Umweltausschuss, Schulausschuss) und des Integrationsbeirates durch Mitglieder von "Essen steht AUF" und Stellung einiger stellvertretender

Ausschuss- und Beiratsmitglieder neue und umfangreiche Anforderungen für "Essen steht AUF" an.

Das bietet aber auch neue Möglichkeiten für Mitglieder von "Essen steht AUF" und Interessenten an der Arbeit von "Essen steht AUF" als überparteilichem Personenbündnis für Kommunalpolitik zur Mitarbeit.

Ab 1. Dezember bezieht die Fraktion ihre neue Geschäftsstelle in der Severinstr. 1 (nahe dem Rathaus). Bis dahin ist die Fraktion noch im Büro der ehemaligen Ratsgruppe der Linkspartei zu erreichen (An St. Marien 1, Tel. 860 29 04).



Fraktion vor Ort: Bei der Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren

## CDU und Grüne wollen Mietkürzungen für 13.942 Alg-II-Haushalte

In der September-Sitzung des Sozialausschusses stellten CDU und Grüne den Antrag, die Mietzahlungen an ALG-II-Empfänger strikt auf die festgelegten "Mietobergrenzen" zu begrenzen. 13.942 Essener Haushalte im Alg-II-Bezug sind dadurch von Kürzungen der Mietzahlungen bedroht. Die Masse der Haushalte liegt nur wenige Euro darüber, in der Summe sind selbst die Haushalte erfasst, bei denen es nur um Cent-Beträge geht. Dabei ist neben der Einzelfallprüfung

gesetzlich geregelt, dass eine Umzugsaufforderung nicht ausgesprochen werden darf, wenn dies unwirtschaftlich ist. Das wäre z.B. der Fall, wenn wegen Überschreitung der Obergrenze von 5 Euro ein Umzug für 1.200 Euro veranlasst würde. Schließlich muss die Stadt Essen diesen Umzug bezahlen. Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF sprach sich im Sozialausschuss gegen Zwangsumzüge und Mietkürzungen aus.

## 17 Prozent Mieterhöhung bei Annington

Um 17 Prozent erhöht die Deutsche Annington (früher Viterra) zum 1.1.2007 die Mieten für Wohnungen in Katernberg. Begründet wird das Ganze mit einer Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete des Essener Mietspiegels. Dabei werden nach einem Punktesystem verschiedene Ausstattungsmerkmale bewertet. Die Annington kommt bei ihrer Bewertung auf 101

Punkte für ihre Wohnungen im Farrenbroich. Das wird von Mietern zu Recht angezweifelt, weil die Annington einige Ausstattungsmerkmale (besonders Bad, Fenster) schön rechnet. Ein Mieter, der uns seine Unterlagen zur Verfügung stellte, kommt in seiner Bewertung nur auf 91 Punkte und will das Ganze nun vom Mieterbund überprüfen lassen.

# Krupp-Park soll mit belastetem Boden gestaltet werden

Dazu heißt es in einer Pressemitteilung der Fraktion "Die Linke./DKP/AUF" (Auszüge):

*Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF fordert die Durchführung einer von der Stadt für nicht notwendig gehaltenen Umweltverträglichkeitsprüfung des Projektes Krupp-Boulevard / Krupp-Park. Darüber hinaus sollten die vorliegenden Ergebnisse der Bodenuntersuchungen, das Projekt und seine Durchführung von einem unabhängigen Gutachter geprüft und begleitet werden.*

*Die vorgelegten Ergebnisse der teilweise nur orientierenden Bodenuntersuchungen weisen eine große Menge an Werten auf, die die Grenzwerte überschreiten. Ergebnisse des Grundwasser-Monitoring wurden gar nicht vorgelegt.*

*Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF hält auch eine Offenlegung der Werte des Grundwasser-Monitoring für erforderlich. Außerdem erfordern die Ergebnisse eine zusätzlich engmaschige Untersuchung des Bodens.*

*"Wir wissen, dass die Stadt Essen Er-*

*fahrungen mit der Sanierung alter, verseuchter Industriegelände hat," so Rats- herr Dietrich Keil. "Die Ergebnisse z.B. der Bodensanierung an der Zinkhütte Borbeck waren jedoch katastrophal und mussten später ‚nachgebessert‘ werden. Das wollen wir ebenso vermeiden, wie Schäden, die erst in Jahrzehnten an die Oberfläche gelangen. Diese Gefahr besteht bei derartigen Projekten immer, z.B. durch Änderungen beim Grundwasserspiegel. Soll der für die Bevölkerung gerade in Altendorf wichtige Park dann wieder abgetragen werden?"*

*Nach Ansicht der Fraktion Die Linke./DKP/AUF darf der Thyssen-Krupp-Konzern nicht aus der Verantwortung entlassen werden, den durch 150 Jahre Produktion verseuchten Boden zu sanieren. Nach § 4 des Bundes-Bodenschutzgesetzes ist in Fällen von Altlastensanierungen eindeutig das Verursacher-Prinzip anzuwenden, von dem schon in den Kauf-Verträgen für den Krupp-Boulevard und den Krupp-Park abgewichen wurde.*

## Unterschreiben Sie für das Bürgerbegehren „Essen ist unser!“

Einerseits sucht die Stadt nach Möglichkeiten, wie sie durch Verkauf von "Tafelsilber" Schulden senken kann. Andererseits tun sich Konzerne und Finanzinvestoren auf, um sich städtisches Eigentum und Einrichtungen einzuverleiben. Grundstücke und Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten, Abfallentsorgung und Kanalnetze sind einige Objekte dieser Begierde. Folgen solcher Privatisierung sind Entlassungen, Lohndrückerei, höhere Mieten, Kosten und Gebühren für die Bevölkerung. Mit dem Bürgerbegehren „Essen ist unser!“ kann dem zumindest zeitweise ein Riegel vorgeschoben werden. Mit Erreichen der erforderlichen Zahl an Unterschriften (ca. 14.000) muss die Stadt einen Bürgerentscheid durchführen. Wenn dem etwa 90.000 Essener zustimmen, kann die Stadt nicht mehr so leicht städtisches Eigentum privatisieren. Essen steht AUF unterstützt das Bürgerbegehren, das jetzt im Endspurt ist. Die erforderlichen Unterschriften sind fast beisammen. Es geht jetzt noch darum, einige tausend Unterschriften als Sicherheits-Puffer zu sammeln. Listen sind in unserer Geschäftsstelle zu bekommen und können hier auch abgegeben werden. Infos und Termine von Sammelaktionen zum Bürgerbegehren im Internet unter: <http://www.essen-ist-unser.de>



Guste K.  
ihr'n  
Kommentaa



Tach.

Wissense, watt mich die Tage so durchen Kopp gegangen is? Gezz haben wir doch wieder datt schöne Lichterwerk hier in unse-re Zitti. Und datt Licht hat ja unsern OB persönlich ange-macht, war ja von Festlichkeit geprägt, mitte Blaskappelle und so. Also, der OB lässt sich da so richtig feiern, wanner den Schalter umdreht. Obwohl ich mir sicher bin, datt der nich die Rechnung von RWE zahlt. Und ich weiß nich, ob der wirklich sonne Macht überm Strom hat. Und wenn ja, dann isset auch die Frage, ob er schuld war am letz-ten Stromausfall, wo ja sonne richtiche Finsternis über halb Europa hergefallen is. Ich sach mal so, mein Herbert sacht, er würde ihm datt glatt zutrauen. Wo unser OB doch nun wirklich allet dafür tut, datt in Essen die Lichter ausgehen - bei die Horte, bei die Schwimmbäder... Ich will datt ganze Elend gezz gar nich auf-zählen.

Ich sach mal so, wenn wir nich wollen, dattet noch dunkler in unser Zitti hier wird, dann müs-sen wir an dem Schalthebel dreh-en.

In diesem Sinne  
**Eure Guste**

# ENTRY 2006 - kühner Blick in die Zukunft?



Mit viel Werbeaufwand wird die internationale Designausstellung ENTRY in der umgebauten Kohlenwäsche auf Zollverein angepriesen: als "Weltmesse" unter der Fragestellung "Wie werden wir morgen leben? Perspektiven und Visionen im Design".

Mal schauen, sagen sich drei Essensteht-AUF-Mitglieder und gehen an einem Sonntagmorgen hin. Der Eintritt kostet 8,50 Euro. Für eine Führung kommen noch mal 4,50 Euro dazu. Zweites Ärgernis: Fotografierverbot. Wenigstens dieser Ärger ist am Ende verflogen. Denn es lohnt sich kaum, in dieser Ausstellung zu fotografieren.

Die Ausstellung (die künftig alle fünf Jahre stattfinden soll) gliedert sich in vier Themenbereiche, die alle mit hochtrabenden englischen Titeln versehen sind. Im Wesentlichen geht es dabei um Stadtgestaltung, Landschaftsentwicklung, Wohnen und Design in den Bereichen Mode und Einrichtungsgegenstände. Schon nach der ersten Themenwelt sind wir uns einig: Maßstab für die (namhaften) Designer und Architekten, die hier ausgestellt werden, sind offensichtlich nicht die Bedürfnisse der Menschen. Interessanterweise sind neben neuen "Visionen" auch solche aus früheren Jahrzehnten zu sehen. Beispielsweise ein Städtebaukonzept, wo die Wohneinheiten als Anhängsel an eine Ader aus Autobahnen und Tiefgaragen geklebt sind. Ein Führer erklärt gerade seiner Gruppe, dass das zum Glück nie gebaut wurde. Aber auch die "neuen Visionen" werfen Fragen auf. Ein Modell von

Wohntürmen, die aussehen wie Blumenvasen wird angepriesen als "visionäres Architekturprojekt speziell für Regionen, die von Zuwanderung geprägt sind". Doch was nutzen den Menschen "cool" designte Wohntürme, wenn sie darin leben wie in einer Legebatterie? Durchgehend wird in der Ausstellung die Form über den Inhalt gestellt. Dazu ist sie ziemlich beliebig und willkürlich, irgendwie konfus. Am interessantesten ist noch die Ausstellung zur Umgestaltung und Neubelebung ehemaliger Brachgelände, aus denen teilweise schöne Parks wurden. Aber das war's auch schon. Dem hochtrabenden Anspruch, Antworten auf die Frage zu geben, wie wir morgen leben, wird diese Schau nicht gerecht. Wenn man sich ansieht, wer der Schirmherr des Ganzen ist, wundert das nicht: Es ist der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), einer der mächtigen Spitzenverbände der Wirtschaft, der in diesem Lande die Regierungsprogramme wie die "Agenda 2010" formuliert. In Veranstaltungen im Rahmen der Entry wurde denn auch deutlich, wie sich in diesen Kreisen die Frage von Zukunft und Design stellt: So fand am 18.10. der 1. Deutsche Zukunftskongress der Automobilzulieferindustrie zum Thema "Design als Profitfaktor in der automobilen Wertschöpfungskette" statt. Die Entry ist eine Ausstellung, die so tut, als ob diese einzig am maximalen Profit orientierte Produktionsweise mit all ihren unsozialen Folgen durch ein schönes Design für uns akzeptabel gemacht werden kann. Diese Vision wird sich aber nicht erfüllen. Denn wie wir morgen leben werden, das wollen wir doch selbst bestimmen.

## Termine, Veranstaltungen, Treffs & Tipps

Jeden Montag 18 Uhr,  
Porschekanzel  
**Montagsdemonstration**

17.11.06, 10 Uhr, Borbeck  
Markt  
**Info-Stand von Essen steht AUF**

18.11.06, 11 Uhr, Viehofer Platz  
**Demonstration gegen  
"Masterplan Sport"**

26.11.06, 16 Uhr, Courage-  
Zentrum, Goldschmidtstr. 3  
**Jahresabschlussfeier von  
Essen steht AUF**

29.11.06, 15 Uhr, Rathaus  
**Ratssitzung**

02.12.06  
**Demonstration der Immeo-  
Mieter**

07.12.06, 18.30 Uhr,  
Geschäftsstelle  
**Vorstandssitzung von Essen  
steht AUF**

10.12.06, 11 Uhr,  
Geschäftsstelle  
**Kommunalpolitischer  
Stammtisch**

17.12.06, Severinstr. 1  
**Einweihung der  
Geschäftsstelle der Fraktion  
Die Linke./DKP/AUF**

04.01.07, 18.30 Uhr,  
Geschäftsstelle  
**Vorstandssitzung von Essen  
steht AUF**

14.01.07, 11 Uhr,  
Geschäftsstelle  
**Kommunalpolitischer  
Stammtisch**



### Die Vorstandssprecher von Essen steht AUF:

Von links nach rechts: Giovanni Maccione, Petra Kemberg, Bodo Urvat, Martin Hüllen

### Bündnis für alternative, unabhängige und fortschrittliche Kommunalpolitik

Im Mühlenbruch 4, 45141 Essen

Tel.: 8908210 oder 323800

Öffnungszeiten der  
Geschäftsstelle:

mittwochs 11:00 - 13:00 Uhr,  
donnerstags 17:00 - 18:30 Uhr

[www.essen-steht-auf.de](http://www.essen-steht-auf.de)

eMail: [vorstand@essen-steht-auf.de](mailto:vorstand@essen-steht-auf.de)

### Der Weg zu uns:



## Die Grundsätze von Essen steht AUF

1. „Essen steht AUF“ ist ein Bündnis von Menschen, die sich durch die Parteien im Essener Stadtrat nicht vertreten fühlen und eine positive Alternative in der Kommunalpolitik verwirklichen wollen.
2. „Essen steht AUF“ ist nur den Interessen der Essener Bevölkerung verpflichtet und will ihr Sprachrohr im Stadtrat und in den Stadtbezirken sein.
3. „Essen steht AUF“ trägt dazu bei, dass die Bevölkerung für ihre Belange selbst aktiv wird. Es unterstützt den Kampf um Erhalt und Verbesserungen der Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen in Essen.
4. „Essen steht AUF“ ist überparteilich und damit keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. Es fördert die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Parteilosen und Parteigebundenen sowie von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung auf antifaschistischer Grundlage.
5. „Essen steht AUF“ liegt das solidarische und gegenseitige kulturfördernde Zusammenleben der Menschen verschiedener nationaler Herkunft am Herzen.
6. „Essen steht AUF“ tritt für das Miteinander von jung und alt ein und will sich mit der Essener Jugend besonders für ihre Interessen und ihre Zukunft stark machen.
7. „Essen steht AUF“ unterstützt die Frauen in ihrem Kampf um eine tatsächliche Gleichberechtigung. Es fördert, dass die Frauen im Bündnis und in der Gesellschaft selbst aktiv werden.
8. „Essen steht AUF“ will einen neuen Stil von Kommunalpolitik entwickeln, in dem es nicht um persönliche Vorteile, sondern um die gemeinsame Sache geht. Dazu verwirklicht es eine demokratische und solidarische Streitkultur. Wichtig ist uns eine Atmosphäre, in der sich jeder wohl fühlt und wir uns gegenseitig unterstützen.
9. Persönliche Bereicherung durch die Kommunalpolitik lehnen wir ab und dulden sie nicht. „Essen steht AUF“ ist finanziell unabhängig und finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten.
10. Entscheidungen werden durch unsere Mitgliederversammlung getroffen, in der jedes Mitglied Rederecht hat und über Beschlüsse abstimmen kann. Auf den Versammlungen wird auch Rechenschaft für alle gewählten Funktionen abgelegt. Die Mitglieder können sich auf die Mandatsträger, welche das Personenbündnis in der Öffentlichkeit vertreten, verlassen und umgekehrt.

Sie möchten

- mehr Information?
- uns kennenlernen?
- unsere Zeitung abonnieren?
- bei uns mitmachen?
- Mitglied werden (Mindestbeitrag 50 Cent)?

Dann wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle (zu den Öffnungszeiten oder Tel. 8908210)

oder an

Bodo Urvat,

Kleine Rahmstr. 7, 45326 Essen

Tel. 323800

E-Mail:

[vorstand@essen-steht-auf.de](mailto:vorstand@essen-steht-auf.de)

**V.i.S.d.P.:**

Bodo Urvat, Kleine Rahmstr. 7, 45326 Essen